

**DAMIT SICH
WAS ÄNDERT**

**WAHLPROGRAMM
DER CDU MITTE**



Foto: studio ZMO - bastian bartsch

CARSTEN SPALLEK

BÜRGERMEISTER FÜR MITTE

FÜR MITTE.

CDU

Einleitung

Berlin-Mitte ist so vielseitig und faszinierend wie kaum ein anderer Bezirk in Berlin, wie kaum ein anderer Ort in Deutschland. Hier begegnen uns all die Facetten, die in unserer Stadt und unserem Land zu finden sind, wie unter einem Brennglas: Das Zusammenwachsen von Ost und West, von Einheimischen und Zuwanderern, Kreativität und wirtschaftlicher Erfolg, aber auch soziale Probleme, Verwahrlosung und Kriminalität.

Für über 330.000 Menschen in den Ortsteilen Gesundbrunnen, Alt-Mitte, Moabit, Tiergarten und Wedding ist Berlin-Mitte nicht nur Hauptstadtbezirk und Sitz der Bundesregierung, sondern auch Lebensmittelpunkt und Heimat. Sie genießen die Lebendigkeit ihres Bezirks, erwarten von ihrem Bezirksbürgermeister aber auch zu Recht, dass er sich um die zahlreichen Missstände kümmert, mit denen sie tagtäglich zu kämpfen haben.

Doch statt sich dieser Probleme anzunehmen, richtet die von Bezirksbürgermeister Dr. Hanke geführte SPD ihren Fokus auf Maßnahmen wie die völlig unnötige Straßenumbenennungen des Afrikanischen Viertels im Wedding.

Die CDU in Berlin-Mitte will keine Politik, die an den Bedürfnissen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht. Wir wollen Probleme klar beim Namen nennen und sie anpacken – denn nur so lassen sie sich lösen.

Da sind die Parks und die öffentlichen Plätze, die immer mehr verwahrlosen und zu Treffpunkten der Trinkerszene verkommen. Statt konsequent dagegen vorzugehen und für die Interessen der Anwohner einzutreten, die unter der Vermüllung leiden, sich zum Teil nicht mehr auf die Plätze trauen, oder wegen des Lärms die Fenster nicht mehr offen lassen können, tut der SPD-Bürgermeister diese Angelegenheiten als „Nutzungskonflikte“ ab. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass – wie das Beispiel Leopoldplatz zeigt – die Interessen von 60 bis 70 Trinkern und Drogenabhängigen, die sich über jede Form des normalen Miteinanders hinwegsetzen, im Zweifelsfall schwerer wiegen als die Sorgen und Ängste der anliegenden rund 3.000 Bewohner und Gewerbetreibenden, die einfach nur in Ruhe und sicher leben, arbeiten und wohnen wollen.

Da sind die Probleme mit der Integration eines Teils der in Mitte lebenden Zuwanderer. Neben den zahlreichen positiven Beispielen gelungener Integration gibt es auch eine Reihe von Konflikten. In machen Teilen unseres Bezirks bilden sich sogenannte „Parallelgesellschaften“. Statt diese Probleme anzugehen, bleibt der Bezirksbürgermeister das bereits 2006 versprochene und zur „Chef-Sache“

erhobene Integrationskonzept bis heute schuldig – trotz mehrfacher Ermahnung durch die Bezirksverordnetenversammlung.

Da ist die angespannte finanzielle Lage des „Konsolidierungsbezirkes“ Mitte, der praktisch pleite ist. Viele Jugendfreizeit- und Sozialeinrichtungen wurden wegen des Kostendrucks geschlossen, deren jährlicher Finanzierungsbedarf zum Teil gerade mal zwischen 15.000 und 30.000 Euro lag. Auf der anderen Seite gibt der Bezirk pro Jahr rund 300.000 Euro für die im Zuge des Grillens im Tiergarten erforderliche Müllbeseitigung aus. Eine richtige Prioritätensetzung sieht für uns anders aus.

Diese Beispiele machen deutlich: In unserer Stadt und in unserem Bezirk ist eine andere Politik gefragt. Der Mensch muss wieder im Vordergrund politischen Handelns stehen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Berlin-Mitte möchte die CDU die Missstände angehen und die Chancen und Möglichkeiten nutzen, die sich aus der Vielschichtigkeit unseres faszinierenden Bezirks ergeben.

Dafür werben wir um Ihre Unterstützung bei der Wahl am 18. September 2011.

Die 40 drängendsten Probleme unseres Bezirks und ihre Lösungen

- Problem: Zunehmende Verwahrlosung und Kriminalität (Seite 4)
- Problem: Gewalt gegen Polizei und öffentliche Einrichtungen (Seite 4)
- Problem: Verfallene Schulgebäude, unzeitgemäße Ausstattung, Personalmangel (Seite 4)
- Problem: Mangelnde Deutschkenntnisse verbauen Chancen (Seite 5)
- Problem: Zu wenige attraktive Grundschulen (Seite 5)
- Problem: Schülerlotto und lange Schulwege belasten Familien (Seite 5)
- Problem: Integrierte Sekundarschulen ohne Konzept (Seite 6)
- Problem: Gewalt und Mobbing an Schulen (Seite 6)
- Problem: Mitte ist von einem familienfreundlichen Innenstadtbezirk noch weit entfernt (Seite 6)
- Problem: Hilfen zur Erziehung kommen zu spät – Prävention mangelhaft (Seite 7)
- Problem: Planlose Integrationspolitik (Seite 7)
- Problem: Das „Gießkannen-Prinzip“ in der Integrationspolitik – viel Geld, wenig Erfolg (Seite 7)
- Problem: Zu wenig Kultur- und Jugendeinrichtungen (Seite 7)
- Problem: Kunst und Kultur werden in Mitte nicht angemessen finanziert (Seite 8)
- Problem: Bezirkliche Bibliotheken und Volkshochschulen sind bedroht (Seite 8)
- Problem: Gedenkkultur berücksichtigt nicht alle Epochen deutscher Geschichte gleichwertig (Seite 8)
- Problem: Die Verwaltung ist noch nicht ausreichend auf die Anforderungen der Wirtschaft ausgerichtet (Seite 9)
- Problem: Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet (Seite 9)
- Problem: Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle, hat aber auch negative Begleiterscheinungen (Seite 9)
- Problem: 200.000 Menschen sind nur zum Schein angemeldet (Seite 10)
- Problem: Der Bezirk fordert seine Außenstände nicht ein (Seite 10)
- Problem: Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht (Seite 10)
- Problem: Bürgerbeteiligung erfolgt spät, bürokratisch und langsam (Seite 11)
- Problem: Zwischen Gentrifizierung und Ghettoisierung (Seite 11)
- Problem: Tristesse und Taxichaos rund um den Hauptbahnhof (Seite 11)
- Problem: In der Innenstadt gibt es zu wenig Parkplätze (Seite 11)
- Problem: Tempo 30 als Autofahrerschikane (Seite 12)
- Problem: Viele Kieze ersticken im Durchgangsverkehr (Seite 12)
- Problem: Fahrradfahren ist in Berlin gefährlich (Seite 12)
- Problem: Mittes öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel (Seite 13)
- Problem: Mitte hat enormen Investitionsbedarf (Seite 13)
- Problem: Der Große Tiergarten wird zugemüllt (Seite 13)
- Problem: Straßenzüge in der Abwärtsspirale (Seite 14)
- Problem: Prostitution in der Kurfürstenstraße (Seite 14)
- Problem: Maßlos ausufernde Spielcasinos (Seite 14)
- Problem: Hallenbäder zu lange geschlossen – Vereinssport gefährdet (Seite 14)
- Problem: Mitte ist für den demografischen Wandel nicht gerüstet (Seite 15)
- Problem: Berliner Senat prast mit dem Geld – Bezirke leiden unter willkürlicher Finanzausweisung (Seite 15)
- Problem: Abzocke durch Straßenausbaubeitragsgesetz (Seite 15)
- Problem: Hundehaufen und kein Ende (Seite 15)

Problem: Zunehmende Verwahrlosung und Kriminalität

Seit geraumer Zeit ist in unserem Bezirk die zunehmende Verwahrlosung von öffentlichen Straßen, Plätzen und Parks zu beobachten und damit einhergehend eine Zunahme der Kriminalität. Die Vermüllung stark frequentierter Orte (wie z. B. an der Spree in Nähe des Hauptbahnhofes), Graffiti-Schmierereien und von Linksextremisten besetzte, heruntergekommene Häuser sind ebenso bittere Realität in Berlin-Mitte wie der ungenierte Drogenhandel in aller Öffentlichkeit und regelmäßige gewalttätige Übergriffe in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich vor allem nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr sicher.

Lösung:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt im öffentlichen Raum deutlich zunimmt. Dies geht nur über die Neueinstellung von Polizisten und zusätzlichen Mitarbeitern im Ordnungsamt, um zum Beispiel Jugendschutz und Nichtraucherchutz intensiver kontrollieren zu können. Zugleich wollen wir die Videoüberwachung sicherheitspolitisch problematischer Orte – wie zum Beispiel am Leopoldplatz – ausweiten und die Speicherfristen ausdehnen. Die Sicherheit der Menschen geht eindeutig vor Datenschutz. Rechtsfreie Räume werden wir nicht dulden und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln konsequent dagegen vorgehen.

Bereits heute untersagen die Beförderungsbedingungen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg VBB, dem die BVG angehört, Fahrgästen das Betreten von Verkehrsmitteln mit offenen Speisen und Getränken bzw. den Konsum derselben während der Fahrt (§4, Absatz 2, Punkt 11 der Beförderungsbedingungen). Wir fordern die konsequente Durchsetzung des Alkoholverbots in Bussen und Bahnen. Ebenso muss das Hausrecht genutzt werden, um das dauerhafte Verweilen auf Bahnhöfen oder Plätzen zum Trinken (und Urinieren) zu unterbinden. Für besonders stark belastete Straßen und Plätze streben wir ein Alkoholverbot auch im öffentlichen Raum an (zum Beispiel am Alexanderplatz und am Leopoldplatz).

Wenn der Staat Ordnungswidrigkeiten duldet, wie etwa die Überschreitung von Höchstgeschwindigkeiten in Wohnstraßen oder das Befahren von Bürgersteigen durch Radfahrer, dann trägt er dazu bei, dass bestehendes Recht immer weniger respektiert wird. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Ordnungswidrigkeiten noch stärker verfolgt werden.

Problem: Gewalt gegen Polizei und öffentliche Einrichtungen

Der Respekt gegenüber Repräsentanten des Staates, insbesondere der Polizei, hat dramatisch ab- und die Gewaltbereitschaft drastisch zugenommen. Angriffe auf Polizeibeamte sowie auf öffentliche Einrichtungen wie beispielsweise JobCenter häufen sich.

Lösung:

Entscheidend für eine erfolgreiche Bekämpfung der Gewalt ist die Kombination eines ganzen Maßnahmenbündels:

1. Die grundsätzliche Ächtung jeglicher Gewalt – auch von linker Gewalt, die bisweilen leider noch viel zu oft verharmlost wird,
2. verstärkte Polizeipräsenz vor Ort und ein
3. konsequentes Einschreiten und vor allem auch konsequentes und zeitnahes Durchsetzen des staatlichen Strafanspruchs

Wenn dazu die Einstellung von mehr Personal in den Polizei- und auch Justizdienst nötig ist, muss dieses zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger schnell umgesetzt werden.

Problem: Verfallene Schulgebäude, unzeitgemäße Ausstattung, Personalmangel

Die Mittel für Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket wurden vom rot-roten Senat einseitig für die Schulstrukturreform aufgebraucht. Dringende Instandhaltungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt. Insbesondere Grundschulen und Gymnasien leiden unter massivem Sanierungsstau, unzeitgemäßer Ausstattung und Personalmangel.

Lösung:

Es darf nicht sein, dass die Schule das kaputtteste Gebäude des Bezirks ist. Die Schulen brauchen eigene Hausmeister und besetzte Sekretariate, geeignete Fach- und Klassenräume mit Fenstern, die sich gefahrlos schließen lassen, sowie Toiletten, die nicht zum Himmel stinken. Daher sind die Kürzungen des Schulanlagensanierungsprogramms zurückzunehmen. Effiziente Instandhaltung erfor-

dert kontinuierliche Maßnahmen. Jahrelanges Nichtstun verschiebt die Kosten nicht nur in die Zukunft, sondern steigert sie auch noch erheblich.

Für alle Schulen ist eine 100%ige Lehrerausstattung obligatorisch. Brennpunktschulen benötigen dringend Entlastung durch Sozialarbeiter und Schulstationen. Die systematische Benachteiligung von Gymnasien wollen wir beenden, die finanzielle Ausstattung muss künftig angemessen sein.

Problem: Mangelnde Deutschkenntnisse verbauen Chancen

Die Sprachkenntnisse der angehenden Schüler in Mitte liegen deutlich unter dem Berliner Durchschnitt. Dies beeinträchtigt ihren Lernerfolg von Anfang an. Auch die Chancen für die Vermittlung in eine Ausbildung haben durch das mangelhafte Sprachniveau in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen.

Lösung:

Wir wollen für alle Kinder – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – eine vorschulische Bildung, die eine faire Chance auf einen erfolgreichen Übergang in die Schule ermöglicht. Dazu gehören insbesondere ausreichende Deutschkenntnisse. Fehlen diese, ist vor der Einschulung der Besuch einer Förderklasse verpflichtend. Der frühzeitige Spracherwerb bereits in der Kita soll die Schüler dazu begeistern, die deutsche Sprache zu erlernen.

Lesepatenschaften sollen den Spracherwerb stärken und unterstützen. Auch die Eltern sollen bei der Sprachförderung einbezogen werden.

Sprache ist einer der Schlüssel für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben. Bereits im Jahr 2003 hat die CDU Mitte regelmäßige Sprachstandsmessungen gefordert und wurde damals dafür verunglimpft, weil die befürchteten Ergebnisse verdeckt werden sollten. Trotzdem hielten wir an der Forderung sowie der Wiederholung nach zwei Jahren fest. Heute sind Sprachstandsmessungen ein übliches Verfahren.

Problem: Zu wenige attraktive Grundschulen

Viele junge Familien sind in Sorge, weil sie für ihre Kinder zu wenige attraktive Grundschulen in Berlin-Mitte vorfinden. Die jüngst von der rot-rot-grünen Mehr-

heit im Bezirk beschlossene Schließung zweier kleinerer Grundschulen hat diese Verunsicherung gerade bei den bildungsorientierten Eltern weiter verstärkt.

Lösung:

Wir unterstützen die Anstrengungen vieler Schulen, durch besondere Lernangebote der sozialen Entmischung entgegenzuwirken. Dazu kann eine fachkundige Begabtenförderung ebenso gehören wie die geschlossene Einschulung von Gruppen aus den Kitas. Auf Initiative der CDU hat sich die Bezirksverordnetenversammlung für die Einrichtung spezieller Fachklassen ausgesprochen, in die nur Kinder mit guten Deutschkenntnissen aufgenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in jedem Grundschulsprengel mindestens eine Deutschgarantie-Klasse angeboten wird.

Wir sehen Schulen in freier Trägerschaft als willkommene Ergänzung zum staatlichen Bildungsangebot. Wir setzen uns dafür ein, dass geeignete freie Träger geschlossene Schulstandorte in der Region zügig übernehmen können.

Problem: Schülerlotto und lange Schulwege belasten Familien

Bis zu 30% der Plätze an den weiterführenden Schulen werden derzeit durch ein Losverfahren besetzt. Die restlichen Plätze werden an den Sekundarschulen über die Noten vergeben. Abgewiesenen Kindern droht ein langer Schulweg, da die weiteren Wunschschiolen oft schon voll sind. Die Schließung mehrerer Schulstandorte hat die Lage in der Region zusätzlich verschärft. Die Folge ist Leistungsdruck, der Kinder und Eltern stark belastet. Die weniger nachgefragten Schulen steigen immer weiter zu Restschulen ab.

Lösung:

Das völlig willkürliche Losverfahren muss sofort abgeschafft werden. Die Auswahl an den Sekundarschulen soll in einem transparenten Verfahren durch die Schulen selbst nach Maßgabe des Schulprofils und einer angemessenen Schülermischung erfolgen. Dabei sollte auch die Geschwisterregelung wieder ein Kriterium sein. Für die Schülerinnen und Schüler müssen in ihrer Region genügend Plätze an den Sekundarschulen und Gymnasien bereitgestellt werden.

Problem: Integrierte Sekundarschulen ohne Konzept

Die Sekundarschulen müssen sich auf Schüler mit sehr individuellen Bedürfnissen, Begabungen und Behinderungen einstellen, um diese entsprechend ihrem Potenzial maximal fördern zu können. Trotz der gestiegenen Anforderungen hinsichtlich eines binnendifferenzierten Unterrichts wurden die Klassenfrequenzen auf 25 erhöht (gegenüber 16 in den ehemaligen Hauptschulen). Schulschließungen und Schulfusionen führten zu Schulen mit bis zu acht Zügen, die zusätzlich eine Ganztagsbetreuung bieten müssen.

Lösung:

Die hohen Anforderungen lassen sich nicht, wie von Rot-Rot vorgesehen, kostenneutral realisieren. Die Schulen benötigen dringend Hilfe bei der Realisierung der Schulentwicklungskonzepte und der Fortbildung des Lehrpersonals. Die Schülerinnen und Schüler sollen intensiv auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereitet werden. Dazu müssen die lokalen Unternehmen zur Bereitstellung von Praxisplätzen animiert werden. Für den Ganztagsbetrieb bedarf es dringend einer engen Kooperation mit Jugendeinrichtungen, Bibliotheken, Musikschulen, Kultureinrichtungen, Volkshochschule und Sportvereinen.

Problem: Gewalt und Mobbing an Schulen

Physische und verbale Gewalt unter den Schülern – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. An Schulen mit hohem Migrantenanteil sehen sich deutsche Schüler immer häufiger auch ethnisch und religiös motivierten Beleidigungen ausgesetzt. Der Bezirk weist die meisten Schulschwänzer und die meisten Gewaltvorfälle an den Schulen aus.

Lösung:

Bildungsvereinbarungen, bei denen sich die Schülerinnen und Schüler ebenso wie Eltern und Lehrerkollegien zur Einhaltung klarer Regeln verpflichten, fördern das Zusammenleben in der Schule. Auch die Verpflichtung für Schülerinnen und Schüler während der gesamten Schulzeit ausschließlich Deutsch zu sprechen, ist nachahmenswert. Eine einheitliche Schulkleidung kann ebenso die Identifikation mit der eigenen Schule fördern und nebenbei zur Chancengleichheit beitragen.

Bei Gewaltvorfällen an Schulen ist seitens der Schulleitung sofort und konsequent entsprechend dem bezirklichen Maßnahmenkatalog vorzugehen. Streit-schlichterprogramme und Projektstage helfen, Gewalt, Erpressung und Mobbing zu bekämpfen. Gewaltvorfälle müssen konsequent der Polizei, dem Jugendamt und der Schulverwaltung gemeldet und geahndet werden. Für gewalttätige Schüler darf die Überweisung in eine andere Schule desselben Bildungsganges kein Tabu sein.

Lehrerinnen und Lehrer dürfen mit der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme nicht allein gelassen werden. Risikokinder brauchen eine möglichst frühe Prävention, die aus verschiedenen Bausteinen zur Beratung und Betreuung von Kindern, Eltern, Erzieherinnen und Erziehern besteht.

Problem: Mitte ist von einem familienfreundlichen Innenstadtbezirk noch weit entfernt

Familien mit Kindern fühlen sich in Mitte oft nicht willkommen. Das vielfach vernachlässigte Wohnumfeld, fehlende Kinderspielplätze und ein schlechtes Schulsystem verhindern, dass sich mehr junge und leistungsstarke Familien für Mitte entscheiden. Eltern mit behinderten Kindern haben es besonders schwer, weil der Senat nicht ausreichend Schulhelfer zur bedarfsgerechten Betreuung finanzieren will. Die Verantwortung für die Familienpolitik wurde vollends an den Berliner Familienbeirat abgegeben. Dieser kann die ihm übertragenen Aufgaben übertragen aber nicht umfassend erfüllen.

Lösung:

Der Familienbeirat ist ein wichtiges Gremium, das jedoch nicht als Ersatz für Familienpolitik missbraucht werden sollte. Für die CDU gehört Familienpolitik ganz oben auf die politische Agenda. Unser Ziel ist es, einen familienfreundlichen Bezirk als Gütesiegel und Standortvorteil auszubauen. Stadtplanung, Stadtentwicklung sowie Wohnumfeld und alle Verwaltungsentscheidungen sollen immer wieder Familienverträglichkeitsprüfungen unterworfen werden, um damit ein familienfreundliches Klima zu schaffen.

Problem: Hilfen zur Erziehung kommen zu spät – Prävention mangelhaft

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der jungen Menschen gestiegen, die aufgrund ungelöster Probleme in Elternhaus und Schule ambulante oder stationäre Hilfe in Krisensituationen benötigen. Deshalb müssen nach wie vor die unterschiedlichsten Hilfen zur Erziehung bereitgestellt werden. Diese werden jedoch nicht immer entsprechend dem Fall bedarfsgerecht vermittelt oder sind für bestimmte Fallgruppen in Berlin gar nicht vorhanden.

Lösung:

Die CDU setzt sich für eine rechtzeitige Hilfestellung ein. Dazu gehören Elternaufklärung, Elternbildung sowie frühe Hilfen in Kindertagesstätten, Familienzentren und Grundschulen, ausreichende Angebote der Jugendarbeit und entsprechende Anschlusshilfen für delinquente Kinder und Jugendliche. Die Hilfestellung muss begleitet werden durch ein intensives und fachlich begründetes sozialpädagogisches Diagnoseverfahren, damit die richtige und passgenaue Hilfe vermittelt wird. Nur so kann den betroffenen Kindern und Jugendlichen wirklich nachhaltig geholfen werden. Darüber hinaus ist die Vernetzung von Jugendhilfe, Justiz, Polizei und Schule zur gegenseitigen Information und zur Abstimmung entsprechender Einzelmaßnahmen und -hilfen zu vertiefen.

Problem: Planlose Integrationspolitik

Die Integrationspolitik in unserem Bezirk hat kein Konzept. Meist existieren nur unverbindliche Angebote, die Zuwanderern nicht ausreichend beim Erwerb sprachlicher, beruflicher und sozialer Kompetenzen helfen. Weder die Förderung noch das Einfordern von Integrationsleistungen und von Respekt gegenüber unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten werden konsequent verfolgt. Integrationsverweigerung wird nicht wirksam sanktioniert.

Lösung:

Die CDU steht für eine Integrationspolitik, die Zuwanderer in unserem Bezirk willkommen heißt und ihnen alle Chancen für die gesellschaftliche und berufliche

Teilnahme bietet, von ihnen im Gegenzug aber den Erwerb der deutschen Sprache, Leistungsbereitschaft und das Bekenntnis zu unserer Werteordnung erwartet.

Wir fordern die Einrichtung einer Integrationskonferenz für den Bezirk mit dem Ziel des Abschlusses eines Integrationsbündnisses mit Zuwandererorganisationen wie religiösen Gemeinschaften, Institutionen, und Vereinen. Dazu gehört die umfassende Vernetzung bezirklicher Institutionen wie z.B. Schulen, Jugendamt und Gleichstellungsbeauftragte, um Integrationsdefizite bei Zuwanderern zu erkennen und gemeinsam wirksam Hilfe leisten zu können.

Problem: Das „Gießkannen-Prinzip“ in der Integrationspolitik – viel Geld, wenig Erfolg

In Berlin-Mitte werden Millionen für Integration ausgegeben, doch es gibt kaum messbare Erfolge. Durch fehlgeleitete Fördermaßnahmen werden Zuwanderern der Erwerb der deutschen Sprache und die Anpassung an die kulturellen Gegebenheiten der Mehrheitsgesellschaft unnötig erschwert.

Lösung:

Sprach- und Kulturmittler können nur am Anfang eines verpflichtenden Integrationsprozesses stehen. Wir fordern die konsequente Evaluierung und Priorisierung von Integrationsprojekten sowie den Abschied von der „Gießkannenförderung“. Stattdessen wollen wir eine Konzentration auf diejenigen Projekte, die wirklich etwas bringen (wie z.B. die „Mütter für Mütter“-Projekte). Verfassungsfeindliche Zuwandererorganisationen, wie radikale Moscheen oder nationalistische Kulturvereine, dürfen nicht wie in der Vergangenheit aus einer falsch verstandenen Toleranz heraus auch noch mit staatlichen Geldern unterstützt werden.

Problem: Zu wenig Kultur- und Jugendeinrichtungen

Durch die Schließung zahlreicher wohnortnaher Kultur- und Jugendeinrichtungen haben viele Jugendliche in Mitte keine Gelegenheit mehr, ihr schöpferisches Potential zu entfalten und Erfolgserlebnisse zu sammeln. Sie geraten damit eher in Versuchung, ihre Energie in Form von aggressiven Handlungen herauszulassen.

Lösung:

Wir fordern, dass der Bezirk nicht weitere kommunale Kultur- und Jugendhilfeeinrichtungen schließt oder in ihren Mitteln so stark beschneidet, dass sie ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können. Wir haben uns erfolgreich für die Rettung des Atze-Kindertheaters eingesetzt und unterstützen den Erhalt der kommunalen Galerie Nord und der Galerie Wedding sowie die Pläne zu einer Neueröffnung des Hansa-Theaters.

Problem: Kunst und Kultur werden in Mitte nicht angemessen finanziert

So wie es Bezirke gibt, in denen gehäuft Erholungsgebiete, Wälder und Seen zu finden sind, oder eine überdurchschnittlich Konzentration von Industrie, so konzentrieren sich in Mitte Kultur und Kreativwirtschaft. Doch diesem Umstand wird nicht Rechnung getragen, kulturelle Einrichtungen werden nicht angemessen finanziert.

Lösung:

Berlin-Mitte ist für Berlin das, was Berlin für ganz Deutschland ist: kulturelles Zentrum, sozusagen Leuchtturm, der für das Gesamtgemeinwesen die Funktion eines identitätsstiftenden Vorbilds und Kristallisationspunkts übernimmt und in dieser Funktion dem Ganzen dient. Das muss auch in der Finanzierung der kulturellen Einrichtungen zum Tragen kommen.

Am Beispiel des Theaterprobenhauses am Koppenplatz hat die CDU darauf hingewiesen, dass Kultur und Bildung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Während die SPD-Stadträtin das Theaterprobenhaus unter dem allzeit bereiten Vorwand der knappen Kassen schließen wollte, haben wir dem Gedanken zum Durchbruch verholfen, dass das Theaterprobenhaus eine landesweit einmalige Einrichtung ist, die über den Bezirk hinaus wirkt und auch so zu finanzieren ist. Heute hat das Theaterhaus einen neuen Standort und neue Finanzierungsstrukturen in der Wallstraße gefunden und am früheren Standort Koppenplatz befindet sich eine öffentliche Grundschule.

Problem: Bezirkliche Bibliotheken und Volkshochschulen sind bedroht

Bibliotheken und Volkshochschulen in Mitte sind durch Sparmaßnahmen bedroht. Dabei bieten sie gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten sowie für Senioren die Möglichkeit zur Weiter- und Fortbildung und sind damit unverzichtbar für deren Teilhabe.

Lösung:

Mitte muss auch für Menschen, denen Kultur und Bildung nicht von den Eltern nahegebracht werden, ein ausreichend dichtes Netz an kulturellen Einrichtungen vorhalten und darf in diesem Sektor nicht weiter sparen. Um solche Einrichtungen zu unterstützen, sind auch private Förderungsinitiativen zu begrüßen und dürfen nicht von bürokratischen Hürden abgeschreckt werden.

Problem: Gedenkkultur berücksichtigt nicht alle Epochen deutscher Geschichte gleichwertig

Deutschland hat in den rund 65 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die ehrliche und gründliche Aufarbeitung der Nazizeit und des Holocaust internationale Anerkennung erworben. Eine ähnlich sorgfältige Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts, dem DDR-Sozialismus, hat bisher jedoch nicht stattgefunden. Auch andere Epochen der deutschen Geschichte werden in der Gedenkkultur unseres Bezirks nicht immer gleichwertig berücksichtigt.

Lösung:

Es ist und bleibt eine nationale Aufgabe, sich weiterhin mit allen Epochen der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen – sowohl mit denjenigen, zu denen zu stehen es uns leicht fällt, als auch mit den düsteren wie Nationalsozialismus und SED-Diktatur.

Deshalb setzt sich die CDU in Mitte für eine weitere Pflege der Gedenkkultur wie z.B. der Gedenkstätte Bernauer Straße ein. Gedenktafeln, in denen nach wie vor der „Genosse Honecker“ gerühmt wird, sind zu entfernen.

Wir unterstützen auch den Bau des Humboldtforums in der Gestalt des ehemaligen Stadtschlusses und einen baldigen Baubeginn. Preußische Geschichte ist

nicht nur Militarismus, sondern auch Beispiel religiöser Toleranz und einer frühen Entwicklung des Rechtsstaates. Auch deshalb setzen wir uns für die Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals auf der sogenannten Schlossfreiheit ein.

Das Afrikanische Viertel im Wedding hat eine lange Geschichte und Tradition. Wir stehen konsequent gegen Forderungen der SPD und sogenannten Nicht-regierungs-Organisationen, die Straßen im Afrikanischen Viertel umzubenennen. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass endlich die seit langem von der BVV einstimmig beschlossene Informationstafel angebracht wird.

Problem: Die Verwaltung ist noch nicht ausreichend auf die Anforderungen der Wirtschaft ausgerichtet

Um Berlins Wirtschaft wieder auf eine solide Basis zu stellen und die Arbeitslosigkeit dauerhaft und signifikant zu senken, bedarf es auch auf bezirklicher Ebene personeller Voraussetzungen für eine Ansiedlungspolitik, die Investoren willkommen heißt und Bestandsunternehmen ausreichend betreut. Diese Rahmenbedingungen sind bislang leider noch nicht in ausreichendem Maße vorzufinden.

Lösung:

Ansiedlungspolitik und Bestandspflege darf nicht zufällig agieren. Daher ist der Ansatz, mit dem „Bezirklichen Berater“ einen Ansprechpartner für Unternehmer auf Bezirksebene zu etablieren, der sich um alle Fragen des Unternehmers rund um die Verwaltung kümmert, weiterzuführen und zu vertiefen. Der sogenannte „Unternehmensservice“ ist fortzuführen und auszubauen.

Wir brauchen eine proaktive und dienstleistungsorientierte Verwaltung im Sinne der Wirtschaft, bei der Investoren als willkommene Kunden behandelt werden.

Problem: Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet

Unter Migranten ist die Arbeitslosenquote besonders hoch. Zwar sind Migranten besonders häufig selbstständig, aber selbstständige Migranten gründen dreimal seltener Unternehmen als Selbstständige ohne Migrationshintergrund. Auch das

deutsche Erfolgsmodell der Ausbildungsberufe ist unter Migranten oft nicht bekannt, weil es in ihren Heimatländern nicht existiert.

Lösung:

Das Zerrbild vom migrantischen Obst- und Gemüsehändler ist falsch. In Mitte gibt es rund 6.500 von Migranten geführte Unternehmen, viele davon sind erfolgreich. Allerdings ist deren Ausbildungsquote niedriger als der Durchschnitt. Das wollen wir verbessern. Wir wollen selbstständige Migranten besser bei Unternehmensgründungen unterstützen. Dazu werden mit den entsprechenden Verbänden und Vereinigungen verstärkt zusammenarbeiten.

Problem: Der Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle, hat aber auch negative Begleiterscheinungen

Berlin ist für Besucher aus dem Um- und Ausland beliebter denn je. Mehr als 20 Millionen Übernachtungen konnten im Jahr 2010 in Berlin gezählt werden. Im Vergleich zum Jahr 2005 (knapp 15 Mio. Übernachtungen) ist dies eine Steigerung um rund 40 Prozent. Mit den steigenden Besucherzahlen sind aber auch negative Begleiterscheinungen verbunden. Dazu zählen ein hohes Müllaufkommen in den stark touristisch genutzten Gebieten unseres Bezirks ebenso wie Lärm in den Abendstunden, insbesondere durch junge, „erlebnisorientierte“ Besucher (Party- und Club-Gänger), und die zunehmende Vermietung von „normalen“ Mietwohnungen als Ferienwohnungen.

Lösung:

Bei der Weiterentwicklung des Tourismus (Tourismuskonzeption 2011+ des Senats) müssen auch die Bedürfnisse der stark genutzten bzw. besuchten Kieze angemessen berücksichtigt werden. Im Bezirk Mitte übernachtet rund ein Drittel aller Gäste Berlins. Ebenso weist unser Bezirk den Großteil der touristischen „Hotspots“ und Sehenswürdigkeiten in Berlin auf und muss deshalb auch überproportional bei der Abfederung zusätzlicher Ausgaben berücksichtigt werden, wenn z.B. mehr Müll durch Tourismus produziert wird (zum Beispiel Oranienburger Straße, Hackescher Markt, Mauerpark etc.). Hier Bedarf es zusätzlicher Straßenreinigungen und Mülleimer und eines häufigeren Leerens der Mülleimer.

In manchen Häuserblocks – derzeit insbesondere in der Wilhelmstrasse – werden bereits mehr Wohnungen als Ferienwohnungen vermietet als zu „normale Mietzwecken“ genutzt. Die im Juni 2010 geänderte Betriebsverordnung muss endlich konsequent durchgesetzt werden, um die Sicherheit der Bewohner und Gäste zu garantieren (Brandschutz), als auch die Lärmbelastigung (Schallschutz) zu reduzieren.

Problem: 200.000 Menschen sind nur zum Schein angemeldet

In Berlin sind rund 200.000 Menschen nur zum Schein angemeldet. Diese Scheinanmeldungen haben häufig einen kriminellen Hintergrund: Schuldner wollen Zahlungspflichten entgehen, Unterhaltsverpflichtete ihren Unterhaltspflichten, Kriminelle der polizeilichen Verfolgung. Betrüger nutzen Scheinanmeldungen, um ein Girokonto zu Betrugszwecken zu öffnen. Dadurch geraten auch immer wieder Unbeteiligte, unter deren Adresse Kriminelle sich angemeldet haben, in polizeiliche Ermittlungen. Mittlerweile existieren sogar gewerbsmäßige Anbieter von Scheinadressen.

Lösung:

Das aktuelle Meldegesetz erleichtert Scheinanmeldungen, da Bürger bei ihrer Anmeldung den Mietvertrag nicht mehr vorlegen müssen. Eine Änderung des Berliner Meldegesetzes erschwert diese kriminellen Machenschaften sofort und trägt dazu bei, den geschätzten Schaden (ca. 66 Millionen Euro allein in Berlin) zu reduzieren. Bis zur Gesetzesänderung sollen die Bürgerämter bei etwaigen Verdachtsmomenten häufiger als bisher die Vorlage des Mietvertrages verlangen, um Betrug vorzubeugen bzw. zu erschweren.

Problem: Der Bezirk fordert seine Außenstände nicht ein

Der Bezirk Mitte ist praktisch pleite. Angesichts der Größenordnung von 19,4 Millionen Euro seit der Bezirksfusion aufgelaufener Altschulden hat sich das Bezirksamt Mitte frühzeitig auf die Erstellung und Umsetzung eines individuellen Konsolidierungskonzeptes verständigt, mit dem der Ausgleich des strukturellen Haushaltsdefizits angestrebt wird. Darin enthalten ist eine Vielzahl von

Leistungskürzungen und das Schließen von kommunalen Einrichtungen, um die Ausgaben zu senken. Die Verbesserung der Einnahmeseite ist bislang aber nur mangelhaft betrachtet worden.

Lösung:

Der Bezirk Mitte hat rund 14 Millionen Euro Außenstände bzw. Forderungen, die bislang gar nicht oder nur unzureichend eingefordert wurden. Wir fordern die Einführung eines effizienten bezirklichen Forderungsmanagements, damit die Außenstände reduziert und die Einnahmen erhöht werden. Dies schafft zum einen Gerechtigkeit gegenüber den Schuldnern, zum anderen werden durch die zusätzlichen Einnahmen weitere Kürzungen bei den Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vermieden.

Problem: Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht

Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Berliner Verwaltung ist in vielen Vergleichsstudien dokumentiert. Die Bezirke sind vielfach die Leidtragenden der zentralistischen Vorgehensweise der Senatsverwaltungen, bei der Entscheidungen weit weg vom Bürger getroffen werden. Dies muss immer wieder durch Mitarbeiter mit direktem, persönlichem Kundenkontakt ausgeglichen werden. Gleichzeitig sind das aber genau die Mitarbeiter, die trotz hoher Anforderungen – wie neue Verfahren, neue Technik und nicht ausreichende Computersysteme – am schlechtesten bezahlt werden. Es fehlt an Fortbildung und an einem nachhaltigen stadtweiten Konzept für Bürgerfreundlichkeit.

Lösung:

Der öffentliche Dienst muss zum positiven Standortfaktor entwickelt und am wirtschaftlichen Erfolg der Stadt sowie am Bedarf der Bürger ausgerichtet werden. Dazu zählen die vermehrte Einführung von Früh- und Spätsprechstunden sowie die Ausweitung der Samstagsöffnung, damit auch Berufstätige außerhalb der eigenen Arbeitszeit Behördengänge erledigen können. Bürgerschaftliches Engagement sollte von der Verwaltung grundsätzlich unterstützt werden.

Problem: Bürgerbeteiligung erfolgt spät, bürokratisch und langsam

Im Rahmen öffentlicher Planungsprozesse werden Bürger nicht wirklich rechtzeitig angehört. Stattdessen gibt es häufig abstoßende Kämpfe zwischen Verwaltung und engagierten Anwohnern. Bürgerbeteiligung kommt derzeit in Mitte sehr spät, wird häufig gar nicht bzw. nur selektiv angewendet und zumeist nur dann, wenn die Bürgerbeteiligung die politischen Pläne des Baustadtrates unterstützen soll. Häufig werden Bürger so lange „beteiligt“, bis das gewünschte Ergebnis bestätigt bzw. die Zustimmung zu den ursprünglichen Plänen „ersessen“ worden ist.

Lösung:

Bürgerinnen und Bürger müssen früher und nachhaltiger als bisher in öffentliche Planungsprozesse einbezogen werden. Maximale Transparenz ist die Grundlage hierfür. Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt werden, dass sich Genehmigungsverfahren dadurch nicht verlangsamen. Deshalb sollen alle Planungsschritte von Anfang an für Jedermann öffentlich zugänglich im Internet dokumentiert werden. Die CDU Mitte bezieht in ihrer Meinungsbildung das Instrument der direkten Befragung der Bürger mit ein.

Problem: Zwischen Gentrifizierung und Ghettoisierung

Es gibt in Mitte Kieze, in denen die angestammte Bevölkerung durch überproportionale Mietanstiege verdrängt wird. Die Wohnkosten steigen stärker als die Inflationsrate, zum Teil ist die Senatspolitik dafür verantwortlich, weil die vorhandenen Möglichkeiten nicht genutzt werden, um die Kosten zu senken. Andererseits ziehen immer mehr Menschen aus vielen Kiezen weg, weil die ausgewogene soziale Mischung nicht mehr stimmt.

Lösung:

Die städtischen Wohnungsgesellschaften sind zu erhalten und in die Pflicht zu nehmen. Wir wollen weiterhin weg von der Objekt-, hin zur Subjektförderung. Der Senat darf nicht weiter Preistreiber bei den Nebenkosten sein. Grundsteuer, Wasser, Müll, Straßenreinigung, Winterdienst und Straßenausbaubeitragsgesetz –

überall, wo das Land Berlin abkassieren kann, treibt es die Mietnebenkosten in die Höhe.

Damit auch in Zukunft ein ausreichendes Angebot an guten und bezahlbaren Mietwohnungen existiert, muss die Neubauleistung auf etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr in Berlin gesteigert werden. Gleichzeitig wollen wir neue und innovative Instrumente wie Baugruppen weiter fördern, die Vergabepolitik des Liegenschaftsfonds im Hinblick auf Grundstückspreise und Parzellengröße kritisch überprüfen, die verstärkte Nutzung vorhandener Brachflächen und Baulücken unterstützen und neue Wege bei Belegungsbindungen und Anreizinstrumenten gehen. Luxussanierungen und überzogene energetische Standards zu Lasten der Mieter werden wir nicht zulassen.

Problem: Tristesse und Taxichaos rund um den Hauptbahnhof

Das Taxikonzept am Hauptbahnhof behindert die Arbeit der Berliner Taxifahrer eher, als dass es sie ermöglicht. Es fehlen Stell- und Nachrückplätze. Der gegenwärtige Zustand des Hauptbahnhofumfelds ist zudem durch großflächige Tristesse, dauerhaftes Verkehrschaos und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. So darf der erste Eindruck für Besucher der deutschen Hauptstadt nicht aussehen.

Lösung:

Das Bahnhofsumfeld braucht ein neues Halte- und Parkplatzkonzept, vor allem auch für den Taxiverkehr. Die S21-Südschleife muss gebaut werden. Das Bahnhofsumfeld braucht eine gemischte Baunutzung und nicht eine seelenlose Ansammlung von 08/15-Bürogebäuden und Billighotels. Eine neue Planung für die Hauptbahnhof-Umgebung muss dichte Stadtkultur an der Spree und am Humboldthafen vorsehen.

Problem: In der Innenstadt gibt es zu wenig Parkplätze

Im Bezirk Mitte gibt es die meisten Parkraumbewirtschaftungszonen Berlins. Nicht alle davon sind zur Steuerung und Lenkung des Parkverkehrs notwendig, sondern dienen allein dem Stopfen von Haushaltslücken. Wegen der Höhe der Parkgebühren (bis zu drei Euro pro Stunde) parken viele Autofahrer lieber

„schwarz“ und riskieren ein „Knöllchen“, statt Parktickets im Automaten zu ziehen. Damit entgehen dem Bezirk wichtige Einnahmen.

Gerade in der Innenstadt gibt es zu wenige Parkplätze. Viele Anwohner sind aber auf die Nutzung des PKW angewiesen. Besucher und Gäste lassen sich nicht vorschreiben, wie sie in die Innenstadt fahren. Das führt zu einer intensiven Nutzung der vorhandenen Parkplätze. Eine weitere Reduzierung würde das Problem nur verschärfen.

Lösung:

Parkraumbewirtschaftungszonen sollen nur da eingeführt werden, wo es einen nachgewiesenen Nutzen für die Wohnbevölkerung gibt. Eine grundsätzliche Ausweitung wie es der aktuell vom Senat vorgelegte Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP) vorsieht, ohne dass in den Bereichen eine Parkplatznot nachweisbar ist (Wedding, Zille-Siedlung), lehnen wir ab. Wir setzen uns alternativ dafür ein, dass die Gebühren auf ein Niveau unterhalb der Kosten eines „Knöllchens“ liegen. Zwei Stunden Parken sind zum Teil teurer, als innerhalb dieser Zeit erwischt zu werden und ein Fünf-Euro-Knöllchen zu bekommen. Wir unterstützen die Forderung nach der Einführung der sogenannten „Brötchen“-Taste an Parkraumautomaten.

Außerdem sollte das Parken für E-Mobile grundsätzlich kostenfrei sein, um einen Anreiz für E-Mobile in der Innenstadt zu bieten.

Die geplante Stellplatzobergrenzenverordnung muss verhindert werden. Durch die Beschränkung und Reduzierung vom aktuellen Niveau der Parkplatzanzahl für Restaurants, Hotels und Einzelhandel (Aldi, Lidl, Rewe & Co. bieten aktuell bis zu 75 Stellplätze an – künftig dürfen es maximal 10 sein) wird der sowieso schon knappe Parkraum zusätzlich künstlich verknappt. Es muss aber auch künftig möglich sein, zum Beispiel Einkäufe des täglichen Bedarfs mit dem Auto zu erledigen. Dies ist gerade für ältere Bürger oder Menschen mit Einschränkungen wichtig, da diese häufig nicht in der Lage sind, ihre Einkäufe mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause zu transportieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf öffentlichem Grund Fahrradabstellanlagen („Kreuzberger Bügel“) in ausreichender Zahl und in unmittelbarer Nähe zu öffentlichen Einrichtungen wie Behörden und Bibliotheken, U- bzw. S-Bahneingängen und zu Einzelhandelsgeschäften aufgestellt werden.

Problem: Tempo 30 als Autofahrerschikane

Auf immer mehr Hauptverkehrsstraßen wird völlig sinnlos „Tempo 30“ angeordnet. Dies bewirkt auch, dass der Verkehr in die Anwohnerstraßen gedrängt wird. Dies betrifft auch besonders den Wirtschaftsverkehr.

Lösung:

Eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 löst keine Probleme, sondern schafft eher welche. Deshalb sind alle Tempo-30-Anordnungen an Hauptstraßen zu überprüfen und in dem Fall, dass sie sich als unsinnig erweisen, abzuschaffen. In Bereichen vor Schulen, Kitas und ähnlichen Einrichtungen soll Tempo 30 zum Schutze der Kinder selbstverständlich Pflicht bleiben.

Problem: Viele Kieze ersticken im Durchgangsverkehr

Die straßenverkehrliche Infrastruktur einiger Kieze in Mitte ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass es an leistungsfähigen Tangentialverbindungen fehlt. Somit sind Autofahrer gezwungen, sich durch überfüllte Straßen zu quälen, die vielfach mitten durch Wohngebiete und intakte Stadtquartiere führen.

Lösung:

Ziel muss es sein, diese Gebiete vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Berlin und gerade Mitte brauchen ein leistungsfähiges Verkehrssystem mit einem geschlossenen Innenstadtring. Die wenigen leistungsfähigen Ost-West-Verbindungen (Seestraße/Osloer Straße; Alt-Moabit; Invalidenstraße; Leipziger Straße/Getrauden Straße) sind zu erhalten bzw. auszubauen. Die geplante Reduzierung der Fahrstreifen in der Turmstrasse (Fahrbahnverengung) sowie den Straßenbahnbau in der Leipziger Straße sehen wir kritisch.

Problem: Fahrradfahren ist in Berlin gefährlich

70 Prozent der Verkehrstoten in Berlin sind Radfahrer oder Fußgänger, ein trauriger Spitzenwert. Das Radfahren in Berlin ist damit deutlich gefährlicher als im Rest der Republik (Durchschnitt: 24 Prozent). Diese dramatische Zahl ist auch

das Ergebnis einer verfehlten Radverkehrspolitik. Anstelle einer durchdachten Radverkehrsplanung beschränkt sich der Senat oft auf Symbolpolitik. Berlins Fahrradrouthenetz ist ein unvollkommener und häufig sanierungsbedürftiger Flickenteppich, der in vielen Fällen im Nichts endet.

Lösung:

Das Miteinander von Auto, Fahrrad und Fußgängern muss möglichst konfliktfrei organisiert werden, um die gegenseitige Akzeptanz und Sicherheit im Straßenverkehr zu fördern. Hierbei streben wir eine räumliche Trennung von Fahrrad- und Kfz-Verkehr durch die Ausweisung von geeigneten „Velorouten“ innerhalb des Berliner Nebenstraßennetzes an. Die Umsetzung dieser Routen ist vom Senat zu koordinieren und kann nicht allein den Bezirken überlassen bleiben. Dem erheblichen Sanierungsbedarf in vielen Bereichen der Radverkehrsinfrastruktur werden wir schrittweise nachkommen. Vorrangig werden wir solche Radverkehrsanlagen sanieren, die besonders intensiv genutzt werden.

Problem: Mittes öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel

Schulen, Straßen, Kindergärten – der Sanierungsbedarf an öffentlichen Gebäuden geht über die Milliardengrenze. 75 Prozent aller Berliner Straßen sind laut ADAC beschädigt.

Lösung:

Bauunterhaltungsmittel dürfen nicht weiter zum Stopfen von Haushaltslöchern zweckentfremdet werden. Die Bezirke müssen ausreichend Geld erhalten, um ihre Hoch- und Tiefbauinfrastruktur erhalten zu können. Dabei geht Sanierung und Instandsetzung vor Neubau.

Problem: Mitte hat enormen Investitionsbedarf

Mitte hat aufgrund der desolaten Finanzlage kaum Investitionsmittel, aber enormen Investitionsbedarf, etwa für die Entwicklung zentraler Stadtgebiete, die

Aufwertung von Stadtquartieren oder die Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Öffentlich-Private Partnerschaften könnten hier helfen, werden aber nur ungenügend genutzt bzw. gar nicht geprüft.

Lösung:

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) können die Wirtschaftlichkeit von Investitionsprojekten erhöhen und den öffentlichen Haushalt signifikant entlasten. Gerade für Mitte bieten sie angesichts der desolaten Finanzlage eine große Chance auf Entwicklung bei sonst knappen Kassen. ÖPP können dabei sehr unterschiedliche Gestalt annehmen. Im Bereich Stadtentwicklung hat Mitte nach wie vor enormen Investitionsbedarf. Wie schlagen Entwicklungswettbewerbe vor, an denen Stadtplaner und Architekten in Verbindung mit Immobilienentwicklern und Investoren teilnehmen, welche die Finanzierung gewährleisten. Anwendbar wären diese Verfahren etwa für die Entwicklung des zentralen Innenstadtareals in Mitte nördlich der Rathausstraße. Im Bereich Sanierung öffentlicher Gebäude, besonders bei Schulen, wollen wir die Machbarkeit von ÖPP überprüfen. Weiterhin sprechen wir uns für die Einführung sogenannter Standortgemeinschaften aus, in denen Grundeigentümer und Gewerbetreibende eines Quartiers verpflichtet werden, gemeinsam für die Verbesserung des Umfeldes aufzukommen.

Problem: Der Große Tiergarten wird zugemüllt

Der Große Tiergarten ist nicht nur eine geschützte Grünanlage, sondern auch ein Gartendenkmal und die Grüne Lunge unseres Bezirks. Weil das von Rot-Rot-Grün dominierte Bezirksamt aber das Grillen im Großen Tiergarten erlaubt hat, wird der Tiergarten regelmäßig bei schönem Wetter von Grillschwaden eingehüllt – zurück bleiben Tonnen von Müll und verbrannte Grasflächen sowie beschädigte Sträucher und Bäume. Der Bezirk gibt jährlich rund 300.000 Euro allein für die im Zuge des Grillens im Tiergarten erforderliche Müllbeseitigung aus.

Lösung:

Wir wollen, dass der Große Tiergarten als lebenswerte Grünanlage erhalten bleibt und nicht weiterhin der Vermüllung preisgegeben wird. Darüber hinaus lehnen wir die Finanzierung der unsinnigen Kosten für die vermeidbare Müllbeseitigung,

die zu Lasten von Sozial- und Jugendprojekten geht, ab. Daher fordern wir ein Grillverbot im Großen Tiergarten, so wie es seit langem rund die Hälfte der Berliner Bezirke für Ihre Grünanlagen bereits beschlossen hat.

Damit die Berlinerinnen und Berliner auch weiterhin öffentlich unter freiem Himmel grillen können, soll die Ausweitung der auf dem Flugfeld Tempelhof ausgewiesenen Grillflächen geprüft werden. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll dafür eingeleitet werden.

Problem: Straßenzüge in der Abwärtsspirale

Ramschläden, ungepflegte Imbissbuden, Spielhallen und ähnliches Gewerbe führen ganze Straßenzüge in Gesundbrunnen, Moabit und Wedding in eine Abwärtsspirale. Kunden bleiben weg, die Kaufkraft wandert ab, höherwertige Geschäfte müssen deshalb aufgeben.

Lösung:

Die CDU fordert die Einrichtung von Gebietsentwicklungsbezirken nach dem Vorbild amerikanischer „business improvement districts“ (dt. professionelles Geschäftsstraßen-Management). In vielen CDU-regierten Städten wurden dafür bereits die notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen geschaffen – mit positiven Ergebnissen.

Problem: Prostitution in der Kurfürstenstraße

In der Kurfürstenstraße und den angrenzenden Straßen werden tagsüber nicht nur Freier, sondern auch Kunden der anliegenden Geschäfte und Möbelhäuser aggressiv angeworben bzw. belästigt. Selbst Kinder und Jugendliche werden von den überwiegend aus Südost-Europa stammenden Prostituierten angesprochen.

Lösung:

Die CDU hat bereits im Jahr 2010 den Innensenator aufgefordert zu prüfen, wie die Prostitution im Zeitraum von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr untersagt werden kann. Bislang fehlt jede Stellungnahme dazu. Wir fordern weiterhin den Erlass einer Allgemeinverfügung zu prüfen.

Problem: Maßlos ausufernde Spielcasinos

Die Spielhallen-Flut in Moabit, Wedding und Gesundbrunnen zerstört die Kieze und schafft Abhängigkeit und Kriminalität. Ende 2010 gab es 523 Spielhallen in Berlin. Jeden Monat werden durchschnittlich 12 neue Anträge allein im Bezirksamt Mitte gestellt. Es ist zu lange zu wenig geschehen, um der Ausbreitung Einhalt zu gebieten.

Lösung:

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Berlin als erstes Bundesland ein eigenes Spielhallengesetz verabschiedet hat und Spielhallen in der Nähe von Schulen nicht mehr genehmigt werden, da sie die Jugend verführen und oft mit Kriminalität verbunden sind. Wir wollen erreichen, dass die Zahl der Spielhallen in Berlin mittelfristig auf 70 begrenzt wird. Das auf Initiative der CDU verabschiedete Spielhallengesetz soll nach einem Jahr einem „Praxis-Check“ durchlaufen und gegebenenfalls angepasst werden.

Problem: Hallenbäder zu lange geschlossen – Vereinssport gefährdet

Die Hallenbäder werden in den Sommermonaten häufig länger geschlossen, als dies für die dringend notwendigen Reparaturen notwendig ist. Die Leidtragenden dieser langen Schließzeiten sind einerseits die Kundinnen und Kunden der BBB, aber auch und vor allem die zahlreichen Vereine, die in diesen Hallenbädern ihren schwimm- und wassersportlichen Übungs-, Lehr- oder Wettkampfbetrieb durchführen.

Lösung:

Damit insbesondere den Vereinen und Freizeitsportlern ein Höchstmaß an Kontinuität des Trainings- und Wettkampfbetriebes bereitgestellt werden kann, muss eine verbindliche Regelung der Schließzeiten der Hallenbäder der BBB während der Sommerbadesaison festgelegt werden.

Ebenso brauchen wir ein neues Konzept zur Vergabe von Sportflächen, damit Vereinsmannschaften und Freizeitsportler Verlässlichkeit bei der Planung von Trainings- und Wettkampfzeiten bekommen.

Problem: Mitte ist für den demografischen Wandel nicht gerüstet

In Berlin verschiebt sich die Alterspyramide zu Ungunsten der jüngeren Generation. So wird bis zum Jahr 2030 das Durchschnittsalter von 42,5 auf 45,3 Jahre ansteigen, die Anzahl der Personen ab 80 Jahre wird nahezu doppelt so hoch sein. Obwohl diese Entwicklungen seit langem bekannt sind, fehlt es in allen Bereichen an detaillierten Planungen und Festlegungen. Bereits jetzt werden altersgerechte Wohnungen immer knapper. Im Jahr 2025 wird es in Berlin voraussichtlich fast 33 Prozent mehr Haushalte geben, in denen ein Mensch über 70 Jahre lebt.

Lösung:

Wir können die demografische Entwicklung nicht aufhalten, aber gezielte Maßnahmen ergreifen, damit Senioren nicht ausgegrenzt werden. Wir sollten den reichen Erfahrungsschatz der älteren Generation nutzen und eine aktive Teilnahme ermöglichen, um Altersarmut und Isolation entgegenzuwirken.

Um dem steigenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen gerecht zu werden, muss dringend mit der altersgerechten Sanierung und dem Neubau von altersgerechten Wohnungen begonnen werden.

Problem: Berliner Senat prasst mit dem Geld – Bezirke leiden unter willkürlicher Finanzausweisung

Den Berliner Bezirken droht allein im Jahr 2012 eine Unterfinanzierung in Höhe von 113 Millionen Euro. Das hat zur Folge, dass in den Kiezen der Stadt bei den Ausgaben für Baumaßnahmen oder der Grünflächenpflege gespart werden muss. Dagegen werden laut Auskunft der Senatsverwaltung für Finanzen jährlich über 250 Millionen Euro in den Einzelplänen der Hauptverwaltungen veranschlagt, obwohl für diese Aufgaben eigentlich die Bezirke zuständig sind.

Lösung:

Für uns liegt das Grundproblem der seit Jahren nicht ausreichenden Bezirksfinanzierung in der willkürlichen und intransparenten Mittelzuweisung durch den Senat begründet – das muss beendet werden! Darüber hinaus fordern wir für die Senatsverwaltungen ein Ende der Haushaltspolitik nach Gutsherrenart: durch die

Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auch in den Senatsverwaltungen, wäre ein Vergleich mit der Verwaltungsleistung in den Bezirken möglich.

Unser Bezirk lebt vom privaten Engagement seiner Bürger und Unternehmen sowie der engagierten Teilhabe in den geförderten sozialen Infrastrukturen. Für die im Jahr 2012 auslaufende Förderung durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) fordern wir vom Senat eine frühzeitige Auseinandersetzung und eine adäquate Weiterfinanzierung.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist gesellschaftlicher Reichtum. Daher ist dem Ehrenamt eine professionelle Plattform zu entwickeln, auf der sich beispielsweise Angebote und Nachfragen darstellen und vermittelt werden können.

Problem: Abzocke durch Straßenausbaubeitragsgesetz

Fünf Jahre nach der Einführung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG) finden in mittlerweile 200 Straßen in Berlin beitragspflichtige Ausbaumaßnahmen statt. Allein im Bezirk Mitte wurde in 27 Straßen das Verfahren gemäß Straßenausbaubeitragsgesetz eingeleitet und in sechs weiteren Straßen ist dies geplant – die Anwohner werden für die Straßenbaumaßnahmen kräftig zu Kasse gebeten. Doch die Verwaltungsausgaben für das Straßenausbaubeitragsgesetz sind höher als die dadurch entstehenden Einnahmen. Darüber hinaus zahlen Grundeigentümer und Wohnungsmieter in Berlin schon jetzt die höchste Grundsteuer in ganz Deutschland.

Lösung:

Es gibt für uns nur einen Weg: das Straßenausbaubeitragsgesetz muss abgeschafft werden!

Problem: Hundehaufen und kein Ende

Die Verschmutzung der Stadt durch Hundekot ist ein ständiges Ärgernis. Viele Hundebesitzer halten sich nicht an ihre Pflicht, die Hinterlassenschaft ihres Hundes zu beseitigen. Insgesamt geht der Senat von 55 Tonnen Hundekot täglich auf den Straßen und Gehwegen in Berlin aus.

Lösung:

Hunde sind des Menschen bester Freund. Das soll auch in Berlin so bleiben. Erhöhte Steuern sind unsozial und treffen alle Hundebesitzer ohne Rücksicht auf ihr Verhalten. Daher müssen die Bußgelder deutlich erhöht werden, um eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Zudem müssen sie gegen rücksichtslose Hundehalter endlich konsequent durchgesetzt werden. Dafür ist eine deutliche personelle Verstärkung des Allgemeinen Ordnungsdienstes erforderlich.

CDU Kreisverband Mitte

Levetzowstraße 10

10555 Berlin

Telefon: (030) 395 27 80

Fax: (030) 390 34 144

eMail: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de

Internet: www.cdumitte.de